

## Nachrichten

### Linke fordert 50-prozentige Frauenquote für Abgeordnete

**SCHWERIN.** Die Linke will die Hälfte aller Sitze im Landtag und in den Kommunalparlamenten Mecklenburg-Vorpommerns mit Frauen besetzen. Dazu fordert die Landtagsfraktion Änderungen am Landes- und Kommunalwahlgesetz.

Frauen seien in den politischen Ämtern und Mandaten auf kommunaler und auf Landesebene in MV stark unterrepräsentiert, heißt es in einem vorab veröffentlichten Antrag der Linken für die nächste Landtagsitzung. So liege der Frauenanteil im Landtag aktuell bei 25,4 Prozent.

Der Staat habe den Verfassungsauftrag, auf die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern hinzuwirken und bestehende Nachteile zu beseitigen, betonte die Fraktionsvorsitzende Simone Oldenburg. „Gegenüber den vergangenen Legislaturperioden hat der Frauenanteil im Landesparlament deutlich abgenommen“, sagte sie. Einen geringeren Frauenanteil als jetzt habe es in Mecklenburg-Vorpommern lediglich in der ersten Wahlperiode von 1990 bis 1994 gegeben.

### Millionen-Beute für die Landeskasse

**SCHWERIN.** Der Landeskasse Mecklenburg-Vorpommerns fließen jährlich bis zu knapp 3 Millionen Euro aus der Beute von verurteilten Straftätern zu. An diesen Wert aus dem Jahr 2013 reiche die 2017 vereinnahmte Summe allerdings nicht heran, teilte das Landeskriminalamt auf Nachfrage mit. Zwar liege noch keine abschließende Erhebung vor, doch zeichne sich ein leichter Rückgang auch gegenüber dem Jahr 2016 ab, als das Land durch Vermögensabschöpfung bei Kriminellen etwa 2,4 Millionen Euro einnahm. Der überwiegende Teil der Strafverfahren bezieht sich laut Landeskriminalamt auf Drogenhandel.

### Gelegenheit macht Schulschwänzer

**SCHWERIN.** In Mecklenburg-Vorpommern haben im vergangenen Schuljahr 1863 Schüler mehr als fünf Tage unentschuldig gefehlt. Der Anteil der Schulschwänzer sank damit von 1,5 auf 1,4 Prozent, wie das Bildungsministerium in Schwerin am Montag mitteilte. Der Rückgang sei ein gutes Zeichen, sagte Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD). Nachdenklich stimme sie, dass der Anteil der Gelegenheitsschwänzer von 1,5 auf 1,8 Prozent gestiegen sei. Das Nichterfüllen der Schulpflicht sei eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße von bis zu 2500 Euro geahndet werden könne.

### Beamtenbund setzt auf härtere Strafen für Angriffe

**SCHWERIN.** Der Beamtenbund in MV hat härtere Strafen für Angriffe auf öffentliche Bedienstete gefordert. Die jüngste Novelle der Strafrechtbuchparagrafen 113 bis 115 sei ein richtiger Schritt, aber immer noch unzureichend, denn sie stelle nur Übergriffe gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte unter Strafe. Offene Feindschaft schlage nicht nur Polizisten sowie Mitarbeitern von Ordnungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialämtern entgegen, sondern auch Lehrern und sogar Förstern, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Dietmar Knecht, am Montag bei einer Personalversammlung im Innenministerium. Die Mehrheit der Bediensteten der öffentlichen Hand falle damit nicht unter den besonderen Schutz des Gesetzes.

## Gewinnzahlen

### Lotto am Samstag

<b>Gewinnkl. 1</b>	unbesetzt
<b>Jackpot</b>	ca. 4.000.000,00 €
<b>Gewinnkl. 2</b>	6 x 274.750,30 €
<b>Gewinnkl. 3</b>	87 x 9474,10 €
<b>Gewinnkl. 4</b>	785 x 3150,00 €
<b>Gewinnkl. 5</b>	4531 x 181,90 €
<b>Gewinnkl. 6</b>	36.791 x 44,80 €
<b>Gewinnkl. 7</b>	77.886 x 21,10 €
<b>Gewinnkl. 8</b>	652.924 x 11,30 €
<b>Gewinnkl. 9</b>	599.608 x 5,00 €

### Auswahlwette

1 · 10 · 15 · 31 · 36 · 40

Zusatzspiel: 34

<b>Gewinnkl. 1</b>	unbesetzt
<b>Gewinnkl. 2</b>	unbesetzt
<b>Gewinnkl. 3</b>	8 x 1008,00 €
<b>Gewinnkl. 4</b>	544 x 29,60 €
<b>Gewinnkl. 5</b>	807 x 9,90 €
<b>Gewinnkl. 6</b>	9120 x 2,90 €

### 13er Wette

0 · 1 · 2 · 1 · 2 · 0 · 2 · 2 · 1 · 0 · 1 · 1 · 1

<b>Gewinnkl. 1</b>	80 x 3308,10 €
<b>Gewinnkl. 2</b>	1451 x 59,50 €
<b>Gewinnkl. 3</b>	11.351 x 7,60 €
<b>Gewinnkl. 4</b>	51.404 x 2,10 €

### Europajackpot

<b>Klasse 1</b>	unbesetzt
<b>Klasse 2</b>	4 x 440.725,60 €
<b>Klasse 3</b>	4 x 155.550,20 €
<b>Klasse 4</b>	61 x 3400,00 €
<b>Klasse 5</b>	707 x 264,00 €
<b>Klasse 6</b>	1113 x 130,40 €
<b>Klasse 7</b>	2712 x 45,80 €
<b>Klasse 8</b>	36.448 x 17,60 €
<b>Klasse 9</b>	35.950 x 17,30 €
<b>Klasse 10</b>	57.170 x 15,50 €
<b>Klasse 11</b>	194.201 x 8,30 €
<b>Klasse 12</b>	526.600 x 7,50 €

Angaben ohne Gewähr

## Gewinnzahlen

Das aktuelle Ziehungsergebnis für **Keno** und **Plus 5** vom 05.03.2018

3	9	11	22
24	27	33	36
38	39	42	44
48	50	51	63
65	66	67	69

Plus 5 Gewinnzahlen: 9 6 8 0 1

Angaben ohne Gewähr



So wie hier Möwe und Kormoran um frischen Fisch zanken, sehen sich MV-Fischer plötzlich im bundesweiten Wettbewerb. FOTO: STEFAN SAUER

# Wer darf künftig auf den Seen im Lande fischen?

Von Winfried Wagner

Die Regierung hatte den Binnenfischern versprochen, dass ihre Pachtverträge ohne Ausschreibung verlängert werden. Nun kommt es aber doch anders - für die Fischer könnte das eine existenzielle Bedrohung werden.

**WAREN.** Mecklenburg-Vorpommerns Binnenfischer sehen ihre Existenz durch eine bundesweite Ausschreibung der Pachtverträge für Landesgewässer gefährdet. „Das käme einer Enteignung der Fischereibetriebe gleich“, sagte der Präsident des Binnenfischereiverbandes Ulrich Paetsch am Montag auf der Jahrestagung in Waren. Damit seien sämtliche Investitionen der Fischereihöfe aus den letzten Jahren gefährdet. „Wir können uns nicht gegen gut situierte Bauern oder Unternehmen stellen“, warnte Fischerin Sabine Reimer.

Die SPD/CDU-Regierungskoalition hatte den Fischern

in Aussicht gestellt, die Pachtverträge wie bisher ohne Ausschreibung um 18 Jahre statt bisher 12 Jahren zu verlängern. Das wollten die Fischer so schnell wie möglich in Angriff nehmen, um weitere Investitionen abzusichern oder ihre Betriebe zukunftssicher an Nachfolger zu übergeben.

Nach einem Einwand des Landesrechnungshofes kommt das Land aber nun wohl nicht um eine Ausschreibung herum, sagte ein Sprecher des Schweriner Agrarministeriums. Dann solle an den Meistbietenden verpachtet werden. Dagegen gab es massiven Protest. Damit würde eine ganze Branche gefährdet, erklärte Paetsch.

Im Nordosten gibt es laut Ministerium knapp 50 Fischereien, in denen etwa 300 Beschäftigte in der Hauptsaison arbeiten. Von landesweit 74.000 Hektar Wasserfläche werden 65.000 Hektar durch Binnenfischer bewirtschaftet. 80 Prozent der Gewässer der

Binnenfischer sind in Landesbesitz.

Nach Angaben von Paetsch zahlen die Fischer bisher - je nach Ertragsfähigkeit des Gewässers - zwischen 4 und 25 Euro Pacht pro Hektar. Die bestehenden Pachtverträge enden erst 2021. „Wir wollen aber möglichst schnell neue Verträge abschließen“, erklärte der Verbandspräsident. Diese Pläne verfolgt auch das Agrarministerium, wie der Sprecher sagte. So sollen die neuen Verträge zum 1. Januar 2019 abgeschlossen werden und dann bis 2036 laufen.

### Fischer fordern Lösung des Kormoran-Problems

Eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes, die für Ende 2017 angekündigt war, stehe noch aus. Minister Till Backhaus (SPD) wolle in Kürze ein Gespräch mit dem Landesrechnungshof führen. Der Schweriner CDU-Landtagsabgeordnete Burkhard Lenz sicherte den Fischern die Unter-

stützung seiner Fraktion zu, ähnlich äußerten sich Vertreter von SPD und Linken.

Im Gegensatz zu anderen Branchen haben die Binnenfischer bisher keine Nachwuchsprobleme, erklärte Paetsch. Jährlich fangen die Binnenfischer rund 500 Tonnen Fisch, der meist regional vermarktet wird.

Wegen der starken Zunahme der fischfressenden Kormorane forderten die Fischer allerdings endlich eine praktikable Lösung, um die Bestände wirksam reduzieren zu können. Laut Ministerium wurden 2017 etwa 13.600 Brutpaare gezählt. Das sind insgesamt mehr als 30.000 Elternvögel, dazu kämen mehr als 40.000 Jungvögel und weitere 20.000 Einzelvögel, kritisierten Fischer. Verband und Forscher wollen am Krakower See dazu ein Projekt starten, um genau zu sehen, wie sich ein Fischbestand in einem See entwickelt, wenn man eine Kormorankolonie entfernt.

## Höhere Löhne anstatt mehr Stellen an Frauenhäusern

Von Iris Leithold

Drinnen lud Manuela Schwesig zum Frauentagsempfang, draußen demonstrierten wütende Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser. Sie klagen über niedrige Löhne, die zudem lange nicht erhöht wurden.

**SCHWERIN.** Das zusätzliche Geld des Landes für die Frauenhäuser soll für die bessere Bezahlung der Beschäftigten dort eingesetzt werden. Das hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Montag in Schwerin beim ersten Empfang der Landesregierung zum Internationalen Frauentag vorgeschlagen - wohl auch angesichts lautstarker Proteste der Betroffenen vor dem Veranstaltungsort.

Zu Jahresbeginn sind die Zuschüsse für die neun Frauenhäuser von 700.000 auf 842.000 Euro gestiegen. Zunächst war geplant, damit eine dritte Stelle an den sechs Frauenhäusern einzurichten, die noch nicht über eine solche verfügen.



Betroffene protestierten in Schwerin. FOTO: JENS BÜTTNER

Nach Schwesigs Worten soll die Ausweitung des Personals nun in einem zweiten Schritt erfolgen: „Wir können nicht neue Stellen schaffen, ehe nicht die vorhandenen besser bezahlt werden.“ Schwesig regte einen Runden Tisch bei Frauenministerin Stefanie Drese (SPD) an, um dort gemeinsam über das weitere Vorgehen und die Bedarfe in den Frauenhäusern zu sprechen.

Unmittelbar vor dem Empfang im Mecklenburgischen Staatstheater hatten

rund 30 Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern und Beratungsstellen demonstriert. Das Land habe seine Zuschüsse für die Gehälter seit dem Jahr 2005 nicht mehr erhöht, erklärten die Demonstrantinnen. Dadurch fehlten den 70 Mitarbeiterinnen bis zu 40 Prozent Lohn im Vergleich zum Tarif im öffentlichen Dienst.

Der gleichstellungspolitische Sprecher der Linken im Landtag, Peter Ritter, kritisierte Schwesig wegen der Situation in den Frauenhäusern und -beratungsstellen. „Noch vor wenigen Wochen haben SPD und CDU die Forderungen meiner Fraktion für eine dringend notwendige Aufstockung der Mittel für die tarifliche Anpassung der seit 2005 eingefrorenen Gehälter der Beschäftigten im Hilfesystem abgelehnt“, sagte er. Vor Ort fehlten Fachkräfte, Stellen in den Frauenhäusern blieben monatelang unbesetzt, Hilfe für die Betroffenen könne nicht mehr gewährleistet werden: „Das ist fatal.“

## Beziehungstat: Freund sitzt nun in U-Haft

**GÜSTROW.** Nach dem gewaltsamen Tod einer Frau aus Güstrow ist Haftbefehl gegen den Lebensgefährten der Frau erlassen worden. Der 40-Jährige sei dringend tatverdächtig, seine 36-jährige Freundin am frühen Sonntagmorgen im Streit erstochen zu haben, teilte die Staatsanwaltschaft Rostock mit. Der Haftbefehl sei am Montag vom Amtsgericht Rostock erlassen worden.

Den bisherigen Erkenntnissen zufolge war das Paar in der Wohnung der Frau in Streit geraten. Dabei habe der Mann mit einem Messer mehrfach auf die Frau eingestochen, hieß es. Sie starb noch am Tatort. Laut Staatsanwaltschaft hatte sich der Beschuldigte am Sonntagmorgen selbst der Polizei gestellt, die nun gegen ihn wegen des Verdachts des Totschlages ermittelt. Der Beschuldigte habe sich weder bei der Polizei noch bei der Haftvorführung zur Tat geäußert.